

Politik



«Für beide Seiten zielführend»: Der Thurgauer Regierungsrat Jakob Stark.

«Ja, aber»: Ernst Stocker, Finanzdirektor im Kanton Zürich.

SVP-Regierungsräte Deal mit der EU: «Ja,

MARCEL ODERMATT

Am 5. März verschickte die SVP eine Mitteilung, die in ihrer Absolutheit alles übertraf, was die Partei bisher je über das Thema EU zum Besten gegeben hat.

«Das institutionelle Abkommen zerstört die Schweiz», so die Rechtspartei. Es verstosse «gegen alles, was die Schweiz ausmacht – die bewährte direkte Demokratie, den Föderalismus, die Unabhängigkeit und die Neutralität». Für die Volkspartei ist klar, dass die heutige Schweiz untergeht, sollte der Rahmenvertrag mit Brüssel eines Tages tatsächlich unterzeichnet werden.

Doch diese Totalopposition kommt auch in der SVP nicht bei allen gut an. **Mehrere Entscheidungsträger erklären, dass die Eidgenossenschaft auch künftig auf ein geregeltes Verhältnis mit der Europäischen Union angewie-**

sen sein werde. Der Zuger SVP-Finanzvorsteher Heinz Tännler (58) etwa sagt: **«Ein vertragsloser Zustand wäre schlecht für die Schweiz. Der bilaterale Weg muss weiter beschritten werden.» Tännler sage deshalb «Ja, aber» zum Rahmenabkommen.**

Gleich äussert sich der Thurgauer Finanzvorsteher Jakob Stark (60) – auch er ist Mitglied der SVP. Stark sagt zu SonntagsBlick: «Es ist für beide Seiten zielführend und richtig, die gegenseitigen Beziehungen in zahlreichen Verträgen zu regeln.» Die heutige enge Verflechtung in vielen Gebieten und die wirtschaftliche Bedeutung mache das nötig.

Und auch in Zürich, dem stärksten Wirtschaftskanton, will SVP-Säckelmeister Ernst Stocker (60) von der totalen Ablehnung seiner Partei nichts wissen. **Auf einem Podium in Wetzikon ZH erklärte**

der Finanzdirektor, er sage auch «Ja, aber» zum Rahmenabkommen. Auf Anfrage bestätigt Stockers Sprecher das Zitat, weist aber darauf hin, dass diese Haltung der Meinung des gesamten Zürcher Regierungsrats entspreche.

Gleichzeitig machen SVP-Exekutivpolitiker klar, dass es Anpassungen am bestehenden Vertrag braucht. **Insbesondere Passagen, in denen es um staatliche Beihilfen geht, sind Heinz Tännler ein Dorn im Auge. Die EU lehnt solche Beihilfen ab.**

Tännler, Regierungsrat in Zug, ist gegenüber staatlichen Unterstützungsleistungen zwar ebenfalls grundsätzlich kritisch eingestellt. «Doch in der Bevölkerung breit abgestützte Institutionen mit lokalem Mehrwert wie beispielsweise die Staatsgarantie für die Kantonalbanken dürfen nicht leichtfertig geopfert werden.»

Probleme sieht der Zuger auch bei der Diskussion um den Europäischen Gerichtshof. Tännler: «Es muss ein echter Interessenausgleich zwischen der Position der Schweiz und jener der Europäischen Union erfolgen.» Die im Abkommen vorgesehene Streitbeilegung entspreche diesem Ausgleich nicht, da im Streitfall immer die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs abgerufen werden müssten und zu übernehmen seien. **«Es geht nicht an, dass die Schweiz sich einer fremden Gerichtsbarkeit unterwirft», hält Tännler fest.**

Auch der Thurgauer Regierungsrat Jakob Stark kann dem Rahmenabkommen in der vorliegenden Form «nicht zustimmen». Er führt ähnliche Kritikpunkte ins Feld wie Tännler.

Der Exekutivmann: «Ein Vertrag macht nur Sinn, wenn eine grosse



«Bilateraler Weg muss weitergehen»: Der Zuger Finanzvorsteher Heinz Tännler.

zum aber»

Mehrheit des Schweizer Volkes davon überzeugt ist.»

In den Augen der SVP-Schwergewichte ist jetzt der Bundesrat gefordert. **«Ich bin überzeugt, dass sehr wohl Spielraum für Nachverhandlungen besteht», sagt Tännler.** «Der Bundesrat sollte deshalb ein klares Interesse und Bekenntnis zu einem Rahmenabkommen bekunden und gleichzeitig die Leitplanken aufzeigen.» Neben der Ablehnung einer fremden Gerichtsbarkeit sollen sich die Nachverhandlungen auf sehr wenige Kernpunkte beschränken. Tännler: **«Damit zeigt sich die Schweiz als selbstbewusster, aber doch auch verlässlicher Partner.»**

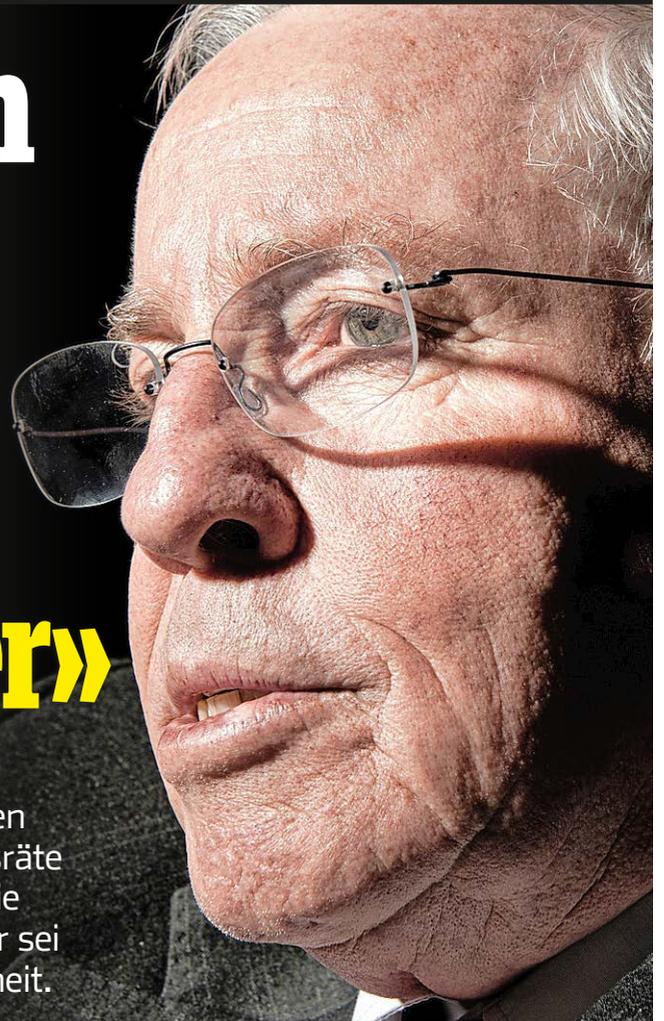
Mit diesen Positionen ist der Konflikt in der SVP vorprogrammiert. Christoph Blocher beschimpft die Regierungsräte jedenfalls bereits als «Anpasser» (Interview r.). ●

Kommentar, Seite 28

«Auch in unserer Partei gibt es Anpasser»

SVP-Übervater Christoph Blocher (78) reagiert gelassen auf den Kurs der Regierungsräte beim Rahmenabkommen. Die Ausgangslage für die Gegner sei besser als in der Vergangenheit.

Fotos: Keystone



INTERVIEW: SIMON MARTI
UND MARCEL ODERMATT

Herr Blocher, die SVP sagt: Das institutionelle Abkommen zerstört die Schweiz. Geht es nicht etwas weniger dramatisch?

Christoph Blocher: Wer die schweizerischen Staatssäulen Souveränität, Föderalismus, direkte Demokratie und Neutralität einreißt, zerstört die Schweiz. Darum darf man zu diesem Rahmenvertrag auf keinen Fall Ja sagen.

Ein Rahmenabkommen ist doch vielmehr der Weg, einen Beitritt zu vermeiden.

Dieser Rahmenvertrag führt die Schweiz schlussendlich in die EU. Sagen Sie mir, warum soll ein Unternehmer noch in der teuren Schweiz investieren, wenn er die gleich schlechten Rahmenbedingungen hat wie in der EU? Mit diesem Rahmenvertrag würden die Schweizer auf ihrem Gebiet nicht mehr selbst bestimmen, sondern die EU. Dann würde es der Schweiz schlechter gehen.

Aber namhafte Regierungsräte der SVP sagen: Ein vertragsloser Zustand wäre schlecht für die Schweiz. Ernst Stocker sagte vor Publikum «Ja, aber» zum Rahmenabkommen. Warum

kommen diese Exekutivpolitiker zu einem anderen Schluss als Sie?

Auch ich sage «Ja, aber»! Was heisst: «Aber»? Kein Rahmenvertrag, in dem die EU für die Schweiz die Gesetze macht, und keine fremden Richter. Kein Vertrag, in dem die Schweizer im eigenen Land nichts mehr zu sagen haben werden.

Das heisst übersetzt Nein.

Jedenfalls Nein zu diesem vorliegenden Vertrag.

Die SVP-Regierungsräte sagen, die Schweiz sei auf ein geregeltes Verhältnis angewiesen. Diese Praktiker wissen doch, wovon sie reden.

Geregeltes Verhältnis – ja. Aber keinesfalls solche Regeln. Aber ich schliesse nicht aus, dass es auch in unserer Partei den einen oder anderen Anpasser – vor allem im Kollegialitätssystem – gibt. Das war schon 1992 bei der EWR-Abstimmung so. Auch damals wollte der Bundesrat die Schweiz in die EU führen.

Was passiert wenn Brüssel partout kein anderes Abkommen will?

Dann passiert zunächst nichts. Ich rede als langjähriger Exportunternehmer, der über 50 Prozent in die EU exportierte. Aber warum

sollte denn die EU der Schweiz nachgeben, wenn all die Schweizer Diplomaten und all die abhängigen Politiker in Bern aus kurz-sichtigen Eigeninteressen der EU sagen: Die Schweiz ist auch bereit, einen solchen Mist zu unterzeichnen. Damit die EU die Schweiz nicht erpressen kann, hat sich die Schweiz mit Gegenmassnahmen vorzubereiten.

Und wie soll das gehen?

Erstes Beispiel: Um die Schweiz zur Unterschrift zu zwingen, droht die EU der Schweiz, die Börsenäquivalenz zu verweigern. Nun hat der Bundesrat vorbildlich gehandelt. Nun kann die Schweiz auch ohne gut leben. Auf allfällige Massnahmen muss man sich vorbereiten.

Alles hat seinen Preis. Und die EU ist der Schweiz entgegengekommen?

Der Preis wäre die Preisgabe der Werte, die die Schweiz stark gemacht haben. Das ist unannehmbar.

Hand aufs Herz. Was wäre für Sie schlimmer: Diese Rahmenabkommen oder ein Beitritt zur EU?

Das Rahmenabkommen ist ein Kolonialvertrag: Die EU erlässt für die Schweiz Gesetze – zum Bei-

Bitte umblättern

Die Auns räumt Bern

Auns-Chef
Lukas Reimann:
«Wir gehen
ins Réduit.»

Fotos: Keystone



1992: Christoph Blocher weibelt gegen den EWR-Beitritt.

SIMON MARTI

In Bern tobt der Streit ums Rahmenabkommen mit der EU. In der SP liegen die Nerven blank, Freisinnige beschimpfen Gegner des Vertrags, und die SVP warnt, wieder einmal, vor dem Untergang der Heimat.

Ausgerechnet zu einer Zeit, in der von links bis rechts die Beziehungen zu Europa zur Schicksalsfrage stilisiert werden, räumt die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) das Feld! Sie gibt ihr schmuckes Büro in der Nähe des Berner Botschafterviertels auf und zieht dieser Tage ins Oberland. «Wir verlegen die Geschäftsstelle der Auns nach Lau-

terbrunnen. Damit sparen wir Mietkosten von mehreren Zehntausend Franken», sagt Lukas Reimann (36), St. Galler SVP-Nationalrat und seit 2014 Präsident der Auns. «Ganz ehrlich, es war nicht so, dass die wir in Bern von Laufkundschaft überrannt wurden. Auch darum können wir mit gutem Gewissen ins Oberland ausweichen.»

Es ist ein stiller Abschied einer notorisch lauten Organisation. Mitte der 1980er-Jahre von Christoph Blocher (78, SVP) und Otto Fischer (1915–1993, FDP) gegründet, um einen Beitritt der Schweiz zur Uno zu verhindern, schlug ihre grosse Stunde 1992: Mit dem Nein zum EWR triumphierte die Auns im

Gleichschritt mit der SVP gegen eine Übermacht von Parteien und Verbänden. Während des Abstimmungskampfs wuchs sie zu einer Massenorganisation an, büsste aber mehr und mehr ihren überparteilichen Charakter ein.

In der jüngeren Vergangenheit macht die Organisation wegen Mitgliederschwund und finanzieller Schwierigkeiten von sich reden. Ihr Gründer Christoph Blocher rief für den Kampf gegen den EU-Rahmenvertrag ein eigenes, neues Komitee ins Leben. Im Herbst übergab er das Zepter von «EU No» an «Weltwoche»-Chef und SVP-Parlamentarier Roger Köppel (53,

ZH), der auch in der Rechtspartei das Europa-Dossier unter sich hat. Lukas Reimann glaubt freilich weiter an die Auns. «Seit ich den Vorsitz übernommen habe, war es mein Ziel, die Auns aus den roten Zahlen zu führen.» 2018 sei dies auch gelungen, betont er.

Der Abgang der Auns aus Bern passe ohnehin zu ihren Wurzeln, sagt Reimann: «Wir sind die aussenpolitische Opposition der Schweiz! Und nun gehen wir ins Réduit.» ●

«Luzi Stamm ist ein tragischer Fall»

Fortsetzung von Seite 21
spiel bestimmt sie künftig den schweizerischen Lohnschutz und die Zuwanderungsregeln – auch wenn es die Schweizer anders wollen.

Und bei einem Beitritt?

Dann hätten die Schweizer noch weniger Selbstbestimmung. Wahrscheinlich wäre ein EU-Beitritt noch fataler. Glücklicherweise gibt

es einen dritten Weg – die souveräne Schweiz.

Bei der entscheidenden Abstimmung werden Sie über 80 sein. Werden Sie wie 1992 durchs Land tingeln und jeden Abend Vorträge halten?

Wenn ich die Kraft wie heute habe, selbstverständlich. Aber ich muss es glücklicherweise nicht alleine

tun. Mein Gefühl sagt mir, dass diese Abstimmung sicherer zu gewinnen ist als 1992. Denn die innere Ablehnung dieses Unterwerfungsvertrags ist schon heute viel breiter als vor 26 Jahren.

Ihre Partei war auch schon besser in Form: Im Aargau wird Regierungsrätin Franziska Roth teilentmacht, und Luzi Stamm hielt während Tagen das Bundeshaus in Atem.

Und jetzt? Das kann vorkommen. Luzi Stamm ist ein tragischer Fall. Aber schwierig zu lösen. Seit langem wissen wir, es geht nicht mehr mit ihm.

Wie soll die Partei mit Stamm umgehen?

Mit ihm reden. Das ist unangenehm, aber nötig. In der Partei lösten wir es 2016, ohne Rücksicht auf uns selbst.

Einfach so?

Wir hatten sechs Vizepräsidenten. Ich war auch einer davon. Wir reduzierten auf drei. Drei mussten verzichten. Ich schlug vor: Die beiden ältesten treten als Vizepräsidenten zurück. Das war neben Luzi Stamm auch ich selbst. So kam es. Das war eine menschliche Erledigung eines schwierigen Falles. ●